

## Anfragen zum Plenum in der 7. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Sachstand der Verwertung der zwölf staatseigenen Liegenschaften in München Moosach im Ortsteil Hartmannshofen ist, die laut Auskunft der Immobilien Freistaat Bayern – IMBY (Stand 2015) leer standen (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Liegenschaften), inwiefern bei deren Verwertung darauf geachtet wird bzw. wurde, dass bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt bzw. geschaffen wird und weshalb diese Liegenschaften gegebenenfalls noch keiner Verwertung zugeführt worden sind (Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-beim-verfall-zuschauen-1.2806974>)?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie konkret sind inzwischen die Planungen der Staatsregierung in Bezug auf den angekündigten Runden Tisch zum Thema „Sicherheitskosten bei Volksfesten“ (falls bereits bekannt, bitte inklusive Nennung des Termins für die Auftaktsitzung), welche Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind hierfür vorgesehen (sowohl vonseiten der Staatsregierung als auch vonseiten der einzuladenden Gäste) und welche Zielsetzungen bzw. Fragen sollen im Mittelpunkt des Runden Tisches stehen?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Aussagen von Staatsminister Thorsten Glauber am 03.02.2020 in Neufahrn, wonach künftig die Ultrafeinstaub-Belastung im Umfeld des Flughafens München gemessen werden solle, frage ich die Staatsregierung, wie viele Messstellen für Ultrafeinstaub im Flughafenumfeld geplant sind, welche Standorte derzeit vorgesehen bzw. in Prüfung sind und ab welchem Zeitpunkt gemessen werden soll?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Betreffend der Gewährung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AGZ) gemäß Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 1. März 2019, Az.: G3-7275-1/113 frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang wurde jeder Parameter durch die Staatsregierung geändert, aufgrund dessen diese Ausgleichszulage den Landwirten zugemessen wird, bei wie vielen Flächen sind bei der Änderung dieser Richtlinien zu dieser Ausgleichszulage Änderungen mit der Wirkung aufgetreten, dass diese neu aufgenommen wurden oder hinausgefallen sind und in welchen Gemeinden liegen diese Flächen in den Landkreisen Altötting, Berchtesgadener Land, Erding, Ebersberg, Landkreis Rosenheim, Landkreis München, Mühldorf am Inn?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zuge von Medienberichterstattungen bezüglich Ermittlungen des Militärischen Abschirmdienstes in 550 Verdachtsfällen rechtsextremer Bestrebungen sowie Entlassungen wegen mangelnder Verfassungstreue innerhalb der Bundeswehr frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über Ermittlungen gegen Soldaten aus Bayern sowie in bayerischen Kasernen vorliegen, ob es in den vergangenen Jahren Entlassungen aufgrund mangelnder Verfassungstreue in anderen Sicherheitsstrukturen auf Landesebene gab und wie die Staatsregierung diese Situation grundsätzlich bewertet?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es richtig ist, dass die für den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs eingeplanten Fördermittel nicht bereits während der Bauphase, sondern ratenweise über mehrere Jahre ausgezahlt werden, ob es weitere Zuschüsse gibt, die dem Freistaat oder der Stadt Nürnberg für den Ausbau in Aussicht stehen und wie die Mittelbereitstellung durch den Freistaat für die kommenden Haushaltsentwürfe geplant ist?

**Michael Busch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Anzahl der Beschäftigten im Einzelhandel in Bayern zwischen den Jahren 2005 und 2020 entwickelt hat (bitte nach Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung, Geschlecht und Jahren getrennt auflisten), wie sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der Beschäftigten im Einzelhandel entwickelt hat, die sich auf einen Tarifvertrag berufen können (bitte nach Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung, Geschlecht und Jahren getrennt auflisten) und wie die Staatsregierung diese Entwicklungen beurteilt?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welches LKW-Aufkommen gab es vor Einführung der LKW-Maut auf Bundesstraßen zum 01.07.2019 auf der B 26 von Karlstadt über Arnstein bis zum Anschluss B 6a/Autobahnkreuz Werneck (jeweils je Richtungsfahrbahn, bitte die Entwicklung der vergangenen 20 Jahre aufzeigen) und welches LKW-Aufkommen gab es nach Einführung der LKW-Maut auf Bundesstraßen auf der B 26 von Karlstadt über Arnstein bis zum Anschluss B 26a /Autobahnkreuz Werneck (jeweils je Richtungsfahrbahn, bitte die Entwicklung vom 01.07.2019 bis zum 31.12.2019 angeben)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist das Digitale Gründerzentrum in Günzburg-Leipheim nach Kenntnissen der Staatsregierung bezugsfertig, wie gestaltet sich die Finanzierung des Projekts und welche infrastrukturellen Maßnahmen, darunter auch Internet- und ÖPNV-Anbindung, sind bis zum Bezug erforderlich beziehungsweise beabsichtigt?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wurden 2018 und 2019 aus Bayern abgeschoben (bitte nach Zielstaaten und Zuständigkeit des Jugendamtes/der Ausländerbehörde auflisten), an wen sind sie im Zielstaat übergeben worden (bitte auflisten nach Jugendhilfeeinrichtung, Jugendamt, Eltern und sonstige Verwandte), in wie vielen Fällen wurden Zwangsmaßnahmen angewandt (bitte die genauen Maßnahmen auflisten)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Produkte der Firma Huawei sind im öffentlichen Dienst in Bayern im Einsatz, sind diese Produkte in sicherheitsrelevanten Bereichen (z. B. Polizei, Verfassungsschutz, Justiz) im Einsatz und ist eine weitere Beschaffung von Huawei-Produkten für den öffentlichen Dienst in Bayern geplant?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Anzahl der Beschäftigten in privaten und öffentlichen Wach- und Sicherheitsdiensten in Bayern zwischen den Jahren 2005 und 2020 entwickelt hat (bitte nach Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung, Geschlecht und Jahren getrennt auflisten), wie sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der Beschäftigten in den Wach- und Sicherheitsdiensten in Bayern entwickelt hat, die sich auf einen Tarifvertrag berufen können (bitte nach Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung, Geschlecht und Jahren getrennt auflisten) und wie die Staatsregierung diese Entwicklungen beurteilt?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung mit Blick auf die kürzlich vorgestellten Informationen zum Gesamtkonzept für die Erinnerungsarbeit in Bayern, inwiefern die Staatsregierung den Freistaat Bayern in der Pflicht sieht, sich – entgegen des jüngsten Berichts des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus im Bildungsausschuss – auch finanziell an Gedenkorten für die Opfer der NS-Krankenmorde zu beteiligen (bitte Bezug nehmen auf die in der Gedenkstunde für die NS-„Euthanasie“-Opfer am 18.01.2020 von Staatsminister Joachim Herrmann deutlich gemachte historische Verantwortung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Vollzug und ggfs. auf die Größenordnung möglicher Unterstützung eingehen, insbesondere bezüglich der aktuell diskutierten Gedenkstätte in Erlangen), wie die Staatsregierung bei der Neugestaltung der Ausstellungen in der KZ-Gedenkstätte Dachau unter Einbeziehung bislang nicht berücksichtigter Teile des historischen Areals die Instandhaltung der bisherigen Ausstellungsstätten und der restlichen Gebäude des historischen Areals längerfristig sicherstellt (bitte Bezug nehmen auf bisherige Investitionen in die Gebäude, Reaktion auf Rückmeldungen über Gebäudemängel z. B. seitens der aktuell dort stationierten Bereitschaftspolizei sowie Erklärung des Konzept für die zukünftige Nutzung der Gebäude) und welche weiteren Schritte konkret in der Ausarbeitung des Gesamtkonzepts bislang geplant sind?

**Christian Flisek**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft wurden seit dem 25.05.2018 von der Bayerischen Polizei bei offenen Bild- und Tonaufnahmen Systeme zur automatischen Erkennung und Auswertung von Mustern bezogen auf Gegenstände einschließlich der automatischen Systemsteuerung zu diesem Zweck nach Art. 33 Abs. 5 Polizeiaufgabengesetz (PAG) verwendet, im Zusammenhang mit welcher einzelnen Maßnahme nach Art. 33 Abs. 1 bis 3 PAG wurden Systeme nach Art. 33 Abs. 5 PAG verwendet und welche Folgemaßnahmen nach Art. 33 Abs. 3 Satz 1 PAG schlossen sich den aus Systemen nach Art. 33 Abs. 5 PAG gewonnenen Bild- und Tonaufnahmen oder -aufzeichnungen und daraus gefertigten Unterlagen an?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, anschließend meiner Anfrage zu den Plenarsitzungen am 16./17./18.07.2019 (Drs. 18/3213) und meiner Schriftlichen Anfrage vom 24.07.2019 (Drs. 18/3213), gibt es neue Erkenntnisse bezüglich des Polizeieinsatzes im Krailinger Asylbewerberheim am 27.06.2019 und ist inzwischen ermittelt, wie genau es zum Armbruch der älteren Frau kam und ob sich tatsächlich mehrere Personen mit dem als „renitent“ bezeichneten 18-Jährigen solidarisiert haben und gewalttätig wurden?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Biotopkartierungen im April 2019 ausgesetzt worden sind, die Staatsregierung im Juli 2019 von den Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU u. a. aufgefordert wurde, ein „Schlichtungsverfahren“ einzuführen und im Hinblick auf den nahenden Beginn der Vegetationsperiode in Bayern, frage ich die Staatsregierung, wie soll diese neue Kartieranleitung nach dem aktuellen Stand der Dinge konkret umgesetzt werden (also auch im Entwurf, bitte unter der Angabe der Vorgaben und des geplanten Beginns mit Datum), bis spätestens wann in diesem Jahr werden die dringlich anstehenden Biotopkartierungen (mit der neuen Kartieranleitung und unter Beachtung der Vegetationsperiode) weitergeführt bzw. neu gestartet (bitte den geplanten Wiederbeginn mit Datum angeben) und welche Vorgaben wird es zur Information der Eigentümerinnen und Eigentümer insbesondere hinsichtlich des „Schlichtungsverfahrens“ geben (bitte unter Angabe des geplanten Datums der Veröffentlichung)?

**Markus (Tessa) Ganserer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es nach derzeitigem Kenntnisstand eine Finanzierungslücke beim kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs gibt, für die der Freistaat oder die Stadt Nürnberg aufkommen muss, wer bei künftigem Auftreten einer solchen Finanzierungslücke bzw. von Kostensteigerungen den Mehraufwand tragen muss und ob ein Baubeginn auch bereits ohne gesicherte Finanzierung denkbar bzw. geplant ist?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stunden wurden Grundschullehrerinnen und -lehrer im Schuljahr 2019/2020 an Mittelschulen abgeordnet, wie vielen Vollzeitstellenäquivalenten entspricht dies (nach Regierungsbezirken aufgeschlüsselt) und ist beabsichtigt, diese Grundschullehrkräfte aufgrund des Lehrermangels wieder an die Grundschulen zurückzuholen?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Idee des Pilotprojekts einiger Bundesländer mit Unterstützung des Bundesministeriums der Finanzen beurteilt, durch einen Vordruck eine vereinfachte Abgabe der Steuererklärung bei Ruheständlern einzuführen, wie sie dazu steht, einen solchen Vordruck möglicherweise auch anderen Bevölkerungsgruppen anzubieten und ob es zu einer vereinfachten Steuererklärung schon Umsetzungsvorhaben im Freistaat gibt?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung in der Mainpost „Personalmangel: Wird die Polizei in Unterfranken benachteiligt?“ (29.01.2010) und der Einschätzung der Deutschen Polizeigewerkschaft in Unterfranken, die von einem „riesigen Personalmangel“ spricht, frage ich die Staatsregierung, wie ist die derzeitige Personalstärke der einzelnen Polizeidienststellen in Unterfranken (bitte Angabe der Sollstärke, der Iststärke und der verfügbaren Personalstärke in Unterfranken), warum werden mit der Zuweisung im März 2020 nicht mehr Polizistinnen und Polizisten an Dienststellen in Unterfranken zugewiesen und welche Personalverbesserungen plant die Staatsregierung konkret für die Polizei in Unterfranken?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Wie will die Staatsregierung das Ziel, dass in Bayern 2030 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet werden, erreichen, wenn der Ökolandbau über das neue Kulturlandschaftsprogramm schlechter gestellt werden soll (z. B. bei Programmen für extensives Wirtschaften) und wie will die Staatsregierung darüber hinaus Anreize für Landwirtinnen und Landwirte im Hinblick auf einen Umstieg von konventionell auf bio setzen?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der Freistaat Bayern 2016 eine Überarbeitung des Influenzapandemie-Rahmenplans angekündigt hat, bei der vor allem die Erfahrungen aus der jüngsten Pandemie, der sogenannten Schweinegrippe, Berücksichtigung finden sollten, frage ich die Staatsregierung, wann wurde der bundesweite und insbesondere bayerische Pandemieplan bearbeitet und können deren Inhalte auch auf die Coronavirus-Ausbreitung angewendet werden bzw. hat die Staatsregierung vor, diesen auf die Bekämpfung der Coronavirus-Infektion hin anzupassen?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem in einem Schreiben der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission 05.03.2019 an „EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein“ wörtlich mitgeteilt wurde: „Die Europäische Kommission unterstützt uneingeschränkt die vollständige Entschädigung der Landwirte für die Mehrkosten, welche durch große Raubtiere entstehen. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission die ‚Leitlinien der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und ländliche Räume 2014 bis 2020‘ überarbeitet. Durch diese Überarbeitung wurde die maximale erlaubte Staatsbeihilfenhöhe für Investitionen in vorbeugende Maßnahmen auf 100 Prozent angehoben, wenn durch die Investition Schäden durch geschützte Tiere, wie den Wolf, vermieden werden sollen“, frage ich die Staatsregierung, warum muss dann laut Auskunft der Staatsregierung die „Bayerische Förderrichtlinie zum Herdenschutz“ noch von der EU-Kommission notifiziert werden, obwohl die EU-Kommission die Staatsbeihilfenhöhe für Herdenschutzmaßnahmen zu 100 Prozent gestattet (bitte genaue Gründe/rechtliche Begründungen angeben), wann (bitte genaues Datum nennen) wurde die „Bayerische Förderrichtlinie zum Herdenschutz“ der EU-Kommission zur Notifizierung vorgelegt und bis wann ist mit dem Abschluss des Notifizierungsverfahrens zu rechnen, sodass die „Bayerische Förderrichtlinie zum Herdenschutz“ in Kraft treten kann?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, ob es für diejenigen, die die bisherige Ausbildung zum Psychotherapeuten absolvieren (Studium der Psychologie mit anschließender Praxisausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten) im Vergleich zu denjenigen, die ab dem kommenden Wintersemester das neu geschaffene Studium der Psychotherapie aufnehmen, bei einer möglichen Schlechterstellung für aktuell Studierende die Möglichkeit geben wird, in das neue System zu wechseln, und worin sich ein Master in Psychologie mit dem Schwerpunkt Klinische Psychologie von einem Master in Psychotherapie in Theorie und in Praxis unterscheidet?

**Annette Karl**  
(SPD) Nachdem am 06.02.2020 Herr Staatsminister Albert Füracker die Einzelheiten zur Bayerischen Gigabitrichtlinie bekannt gab und laut dieser Förderhöchstbeträge von 2.500 Euro pro Adresse für Kommunen im Verdichtungsraum außerhalb der Raumes mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH), 5.000 Euro je Adresse für Kommunen im ländlichen Raum außerhalb des RmbH, 6.000 Euro je Adresse für Kommunen im RmbH und 9.000 Euro je Adresse zusätzlich in „weißen NGA-Flecken“ möglich sind, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Grundlage sind die jeweiligen Beträge berechnet worden und welche Möglichkeiten gibt es für Kommunen, die nicht über die nötige Anzahl an Adressen verfügen trotzdem, den jeweils möglichen Förderhöchstbetrag abzurufen?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachdem sich die bayerischen Bezirke beim Ausstellen von Vorzeugnissen für Nutztiertransporte zahlenmäßig erheblich unterscheiden, frage ich die Staatsregierung, wie sie sich erklärt, dass solche Vorzeugnisse im Regierungsbezirk Oberfranken erheblich häufiger ausgestellt werden als in den anderen bayerischen Bezirken?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vor dem Hintergrund, dass laut dem Bericht des Bundesrechnungshofs von 2015 bis 2018 von Bayern kaum bis sehr geringfügig Mittel des Infrastruktur- und Schulsanierungsprogramms abgerufen wurden, frage ich die Staatsregierung, was wurde bisher abgerufen (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken), was sind die Ursachen dafür und wie wird gewährleistet, dass diese Mittel weiterhin für Bayern bereitstehen?

**Natascha Kohnen**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, was plant sie angesichts des zunehmenden Interesses an der Imkerei, um den Qualitätsstandard auch unter Anfängern in der Bienenhaltung zu sichern und den Wissenstransfer außerhalb der Imkervereine etwa durch einen verpflichtenden Wissensnachweis sicherzustellen?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Beschlusslage sie fünf Mio. Euro als Basisförderung für das Innovationsinstitut für Nanotechnologie in Forchheim ([https://www.infranken.de/regional/artikel\\_fuer\\_gemeinden/fuenf-millionen-fuer-nano-tech;art154303,4851101](https://www.infranken.de/regional/artikel_fuer_gemeinden/fuenf-millionen-fuer-nano-tech;art154303,4851101)) zur Verfügung gestellt hat, welche Maßnahmen im Detail gefördert werden und wie die Auszahlung der fünf Mio. Euro erfolgen soll?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mitglieder, nach Qualifikation aufgeschlüsselt, verzeichnete die Vereinigung der Pflegenden in Bayern zum 31.01.2020?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Quadratmeter Gewerbeflächen halten die Wohnungsbaugesellschaften des Freistaates für die kultur- und kreativwirtschaftliche Nutzung vor (bitte mit tabellarischer Auflistung der Flächen pro Regierungsbezirk), wie bewertet die Staatsregierung die gegenwärtige Raumsituation (bitte nach Regierungsbezirk getrennt bewerten) und welche Maßnahmen sind in der Planung?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Pressemitteilung des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vom 03.02.2020 (<https://www.stmas.bayern.de/aktuelle-meldungen/pm2002-041.php>), in dem sich die damalige Staatsministerin Kerstin Schreyer zum Thema Hartz IV-Sanktionen geäußert hat, frage ich die Staatsregierung, deckt sich die Meinung der neuen Staatsministerin, Frau Carolin Trautner, mit der ihrer Vorgängerin Frau Kerstin Schreyer, wie rechtfertigt die Staatsregierung die Tatsache, dass hier ein existenzsicherndes Minimum gekürzt werden soll und bedeutet diesbezüglich Minimum nicht, dass dieser Betrag für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist und somit nicht gekürzt werden kann?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten, wonach Ende Januar 2020 17 Personen und Anfang Februar 31 Personen aus der Ukraine am Flughafen Memmingerberg landeten, ohne dass die Einreisevoraussetzungen vorlagen, und Asyl beantragten, frage ich die Staatsregierung, wie viele Personen insgesamt seit dem 01.01.2020 in Memmingerberg landeten und Asyl beantragten, welcher „ethnischen Minderheit“ (siehe <https://www.new-facts.eu/flughafen-memmingen-asylbegehren-einer-grossfamilie-17-personen-kommen-aus-lembergukraine-an-357684.html>) die Personen angehören und ob die Staatsregierung gedenkt, Maßnahmen einzuleiten, die verhindern, dass der Memminger Flughafen zum Einfallstor für illegale Migration wird?

**Ferdinand Mang,  
Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund des sich ausbreitenden Coronavirus in China und der engen wirtschaftlichen Verzahnung zwischen dem Freistaat Bayern und China fragen wir die Staatsregierung, welche wirtschaftlichen Auswirkungen der Ausbruch des Coronavirus bisher hatte, ob die Staatsregierung Maßnahmen ergreifen musste, um den Handel zwischen China und Bayern zu stabilisieren bzw. garantieren und ob die Staatsregierung einen Rückgang des Handels mit China als Folge des Coronavirus erwartet?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten zusätzlichen Zugleistungen sind beim Projekt Regio-S-Bahn geplant, warum wird die Mindestforderung aus der Erklärung der Kommunalpolitikerinnen und -politiker vom 03.07.2018 nach einem durchgängigen 30-Minuten-Takt auf den fünf Schienenstrecken nach Regensburg nicht umgesetzt, welche anderen Forderungen aus der Erklärung der Kommunalpolitikerinnen und -politiker werden umgesetzt?

**Hep Monatzeder**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Anlässlich der Veröffentlichung der Förderrichtlinie für Investitionen zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder am 29.01.2020 frage ich die Staatsregierung, wie viele Unbedenklichkeitsbescheinigungen seit dem 11.09.2018 ausgestellt wurden, wie vielen förderfähigen Betreuungsplätzen das entspricht und wie viele Mittel in den einzelnen Bezirken jeweils bereits ausgeschöpft sind?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung in der Region Landshut die aktuell bekannt gewordenen Ausbaupläne der Stromtrasse SuedOstLink, die eine dezentrale Energiewende in Bayern völlig zum Erliegen bringen wird, ablehnt und stattdessen eine Rückführung fordert auf die, der Bevölkerung präsentierten Ursprungslösung mit maximal zwei Megawatt (MW) Übertragungsleistung, ohne Leerrohre, mit flächensparender Parallelanordnung der Konverter auf dem KKI-Gelände (KKI = Kernkraftwerk Isar), ohne Verlegung Umschließungsstraße, ohne Erweiterung des bestehenden Umspannwerks (von heute ca. zwei GW), ohne Hochtrassen zum und vom KKI-Umspannwerk, um den SuedOstLink zu verhindern oder zumindest auf die Urvariante zu begrenzen, und inwieweit die derzeit geplanten Gesetzesvorlagen sowie die mit Zustimmung der Staatsregierung bereits beschlossenen Erweiterungs- und Leistungsverlagerungspläne in die Region Landshut gestoppt oder geändert werden können, um das Versprechen des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zur Verhinderung oder zur maximalen Minimierung und hundertprozentigen Erdverlegung einzulösen?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, über welche Summe es eine rechtsverbindliche Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Nürnberg und dem Freistaat Bayern über die Finanzierung beim kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs gibt, welches Geld im momentan gültigen Doppelhaushalt bzw. dem Entwurf für den Nachtragshaushalt für den Ausbau des Frankenschnellwegs eingeplant ist und ab wann diese Vereinbarung greift?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch der Anteil der Kassenprüfungen an den durchgeführten Kassenprüfungen ist, die wegen formal unrichtiger Kassenbuchführung zu Beanstandungen führten (bitte angeben für 2014 bis 2019 mit Gesamtanzahl der durchgeführten Kassenprüfungen), wie groß die dadurch entstandenen Umsatzsteuerausfälle sind (bitte angeben für 2014 bis 2019) und welche Maßnahmen gegen Umsatzsteuerbetrug durch manipulierte Kassensysteme aus Sicht der Staatsregierung getroffen werden sollten?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zum weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung in Bayern liegen der Staatsregierung vor, die nach dem 31.08.2019 und damit nach dem Auslaufen des 4. Sonderinvestitionsprogramms (SIP) eingegangen sind, wie viele Betreuungsplätze sollen mit diesen zusätzlichen Anträgen geschaffen werden (bitte differenziert nach Plätzen im Krippenbereich, Kindergarten und Hort), und welche Überlegungen gibt es seitens der Staatsregierung, das 4. SIP entgegen ihrer Ankündigung fortzusetzen oder ein Nachfolgeprogramm aufzulegen, um die Kommunen bei ihrer wichtigen Aufgabe zu unterstützen?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Planungen existieren zur ÖPNV-Anbindung des neuen Konzertsaals im Münchner Werksviertel, ist ein eigener ÖPNV-Haltepunkt vorgesehen, der den Namen der Kulturinstitution beinhaltet (z. B. „Konzerthaus“ o. ä.), welche konkreten Wegführungen zum Haupteingang des Konzertsaals sind von den jeweiligen ÖPNV-Haltepunkten angedacht (Fuß- und Radwege)?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Im Hinblick auf die Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 04.02.2020 auf die Fragen 4a und 4b in meiner Schriftlichen Anfrage vom 12.11.2019 betreffend „Größere polizeiliche Kontrollaktionen an Asylbewerberunterkünften im Jahr 2019“, dass bei neun der 70 Kontrollaktionen im Zeitraum vom 01.01. bis 25.11.2019 die Kontrollen in den Unterkünften in Amts- oder Vollzugshilfe für die jeweils zuständigen Regierungen durchgeführt wurden oder das Hausrecht durch die zuständige Regierung auf das zuständige Polizeipräsidium übertragen worden war, frage ich die Staatsregierung, was war in den neun Fällen der Grund für die Amts- oder Vollzugshilfe der Polizei bzw. was war/ist der Grund für die Hausrechtsübertragung in Asylbewerberunterkünften von der Bezirksregierung auf das örtlich zuständige Polizeipräsidium und sieht das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration hinsichtlich seiner Antwort auf die Frage 5 meiner Schriftlichen Anfrage, dass es bei den Polizeikontrollaktionen des Zeitraums 01.01. bis 25.11.2019 in Asylbewerberunterkünften auch zu Wohnungsbetretungen nach Art. 23 Abs. 3 Nr. 3 Polizeiaufgabengesetz (PAG) gekommen ist zur Abwehr von Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit durch Rohheitsdelikte, das Rechtsgut Eigentum durch Diebstahlsdelikte, die Rechtsordnung sowie Leib, Leben und Gesundheit durch Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und die Rechtsordnung durch den Aufenthalt unberechtigter Personen, einen Begründungsmangel im Hinblick auf das Erfordernis der Abwehr dringender Gefahren im Einzelfall bzw. einer situationsbedingten Konkretisierung der Gefahrenlage, wie es der BayVerfGH in der Entscheidung vom 03.12.2019 (Az.: Vf. 6-VIII-17 und Vf. 7-VIII-17) fordert (vgl. Rn 245, 246)?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen in Bayern, die unmittelbar zuvor in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung gearbeitet haben, seit 2015 pro Jahr eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt aufnahmen und wie viele davon seit der Einführung des Budgets für Arbeit mit diesem Instrument gefördert wurden?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen wird nach Kenntnis der Staatsregierung die Teilnahme der Patientinnen und Patienten der Maßregelvollzugseinrichtungen in Bayern an der Kommunalwahl sichergestellt (z. B. durch aktives Informieren, Aushändigen einer Informationsbroschüre, Aushang der Bekanntmachungen, frühzeitiges aktives Aufklären über die Frist zur Antragstellung zur Eintragung in das Wählerverzeichnis, Sicherstellung korrekter Wählerverzeichnisse, die Möglichkeit der Assistenz beim Ausfüllen der Wahlunterlagen, die Einrichtung von Sonderwahlbezirken und die Möglichkeit der Eintragung in Unterstützerlisten für Wahlvorschläge), aufgeschlüsselt nach Maßregelvollzugseinrichtungen?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Bedingungen Kommunen oder deren Gesellschaften Bahnstrecken außerhalb ihres Hoheitsgebiets betreiben dürfen, welche Folgen sich daraus für die Reaktivierung der Staudenbahn in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm ergeben und welche Schritte aus Sicht der Staatsregierung zu unternehmen sind, um eine rasche Reaktivierung sicherzustellen?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann bei der Übergabe des Abschlussberichts der PAG-Kommission (PAG = Polizeiaufgabengesetz) im August 2019 angekündigt hat, die Novellierung des PAG so rasch wie möglich zu erarbeiten und bis November 2019 vorzulegen, welchen Sachstand dieses Vorhaben hat, warum das angekündigte Veröffentlichungsdatum November 2019 nicht eingehalten wurde und ob noch im Februar 2020 mit einem Gesetzentwurf zu rechnen ist?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Studierende haben in den vergangenen zehn Jahren jeweils eine Ausbildung zur Gebärdensprachdolmetscherin bzw. zum -dolmetscher abgeschlossen, wie hoch ist der Bedarf an Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern in Bayern und plant die Staatsregierung die Einrichtung eines zweiten Studienganges zur Ausbildung von Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Landkreise haben einen Zweckverband gegründet, um Fördergelder des Freistaates für Wohnraumförderung abzurufen, dürfen solche Häuser/Wohnungen ausschließlich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der landkreiseigenen Institutionen (Krankenhäuser, Altenheime, Verwaltung) vermietet oder verkauft werden und nach welchen Kriterien wird die Höhe der Miete bzw. des Kaufpreises für staatlich geförderte Wohnobjekte ermittelt?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse liegen ihr über den Betrieb im südlichen Landkreis Ebersberg vor, über den am 03.02.2020 ein Video veröffentlicht wurde, dass mehrere Personen zeigt, die ein Rind mit Stöcken schlagen, welche tierschutzrelevanten Missstände wurden seit 2010 in diesem Betrieb festgestellt und welche Maßnahmen wurden vonseiten der zuständigen Behörden seit der Veröffentlichung des Videos ergriffen, um das Tierwohl im entsprechenden Betrieb sicherzustellen.

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Zu dem in Ministerpräsident Dr. Markus Söders Regierungserklärung am 10.10.2019 angekündigten Automobilfonds von 120 Mio. Euro als Bestandteil der „Hightech Agenda Bayern“ frage ich die Staatsregierung, Gelder in welcher Höhe sind für die Standorte der Automobilzulieferindustrie (Firmen Bosch, Brose, Michelin, Schaeffler u. a.) in der Region Bamberg vorgesehen, welche Projekte werden damit finanziert und wie viele Beschäftigte der genannten Firmen werden davon profitieren?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Nachdem an der Katholischen Stiftungshochschule München zum letzten Wintersemester ein Studiengang Hebammenkunde als Modellstudiengang nach dem „alten“ Hebamengesetz begonnen wurde, für welchen zum Sommersemester 2020 von der Hochschule eine Umschreibung in den Regelstudiengang nach dem neuen Hebammengesetz in Planung ist, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Überarbeitung des Studiengangs im laufenden Studium vor dem Hintergrund der § 77 Hebammenreformgesetz (HebRefG) und § 58 Studien- und Prüfungsverordnung für Hebammen (HebstPrV) bewertet, ob es einen weiteren Modellstudiengang mit Umstellungsplänen in Bayern gibt und wie weit die Umstellungspläne je Hochschule vorangeschritten sind?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Gesamtsumme der gekürzten Mittel in Bayern, bedingt durch die für 2020 festgelegte Kürzung des Basisfördersatzes des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (BayGVFG) und der damit einhergehenden Reduzierung der Zuschussung von förderfähigen Projekten von bisher 50 Prozent auf 40 Prozent und wie viele Straßenkilometer von grundsätzlich förderfähigen Projekten können dadurch nicht realisiert werden (bitte Auflistung für Gesamtbayern sowie unterteilt nach Regierungsbezirken und Landkreisen)?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gab es innerhalb der letzten zehn Jahre Bestrebungen des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, die Anzahl der Grundwassermessstellen zur Ermittlung der Nitratbelastung zu erhöhen und wenn ja, warum wurde dies nicht umgesetzt?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann und nach welchen Kriterien werden die, durch die Beschlüsse der Staatsregierung vorgesehenen, 42 Biodiversitätsberater auf die Landkreise verteilt?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie das Gutachten der US-Armee zur Sanierung des PFC-Schadens (PFC = per- und polyfluorierte Chemikalien) am Flugplatz Katterbach, welches von der US Armee Anfang Februar 2020 an die zuständigen deutschen Behörden geleitet wurde, erhalten, sieht die Staatsregierung die Pflicht zur umfassenden Aufklärung der Öffentlichkeit bei den deutschen Behörden, nachdem die US-Armee es nach eigener Angabe nicht in ihrem Verantwortungsbereich sieht, sich in die interne Informationsweitergabe bei den Behörden des Aufnahme Staates einzumischen oder die Öffentlichkeit über laufende, bei den Behörden des Aufnahme Staates anhängige Umweltsanierungsverfahren zu informieren und wann wird das Gutachten, welches in vielen Fällen direkt die Gesundheit der Anwohner betrifft, die auch nach dem Umweltinformationsgesetz ein Recht auf eine umfassende Aufklärung haben, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Nachdem die „Nürnberger Nachrichten“ Anfang Februar 2020 berichteten, dass auf dem Schöllner-Gelände im Nürnberger Norden „wie geplant – die Erziehungswissenschaftliche Fakultät (EWF) der Friedrich-Alexander-Universität (...) entstehen“ solle („Nürnberger Nachrichten“ vom 05.02.2020, S. 30), frage ich die Staatsregierung, ob die Standort-Entscheidung der EWF bereits für das Schöllner-Gelände gefallen ist bzw. wann die Staatsregierung über die Wahl des Standorts entscheiden wird und welche alternativen Grundstücke zur Auswahl stehen?

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wertet die Staatsregierung die Tatsache, dass auf der Plattform FIBS mit Standards des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (StMUK) im Hinblick auf die Ausbildung von Schulhunden geworben wird, obwohl es seitens des StMUK keine bayernweiten Standards gibt, wie soll sichergestellt werden, dass nur Hunde zum Einsatz kommen, die eine geeignete Schulhundausbildung (eine Begleithundeprüfung, Wesenstest und Eignungsprüfungen sind nicht geeignet) nachweisen können und wie werden die Schulleitungen über den sinnvollen Einsatz und die richtige Ausbildung eines Schulhundes informiert?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hiermit frage ich die Staatsregierung, welche vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Bildungsforschungsprogramme in Bayern durchgeführt werden, wie viel Bundesmittel in die jeweiligen Programme fließen und wie viel Mittel Bayern jeweils zu den einzelnen Programmen dazu gibt?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum fördert die Staatsregierung im Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) keine Neuabschlüsse für bodennahe Gülleausbringung auf Grünland, obwohl die Pflicht dazu erst 2025 greift, hat die Staatsregierung für die kommenden fünf Jahre kein Interesse, die durch bodennahe Ausbringung erreichte Emissionsminderung sicherzustellen und mit welcher Zielsetzung wird die Fruchtfolgewirtschaft im Ökolandbau im KULAP nicht länger entsprechend honoriert, wie sie dies im konventionellen Landbau wird?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Enteignungen nach Art. 18 Denkmalschutzgesetz gab es in den letzten zehn Jahren in Bayern (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Objekt, Ort und Eigentümer), was waren die jeweiligen Gründe für die Enteignung und wie viele Verfahren wurden eingeleitet, haben aber nicht zum Erfolg geführt (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Objekt, Ort und Eigentümer)?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand bzgl. der jeweiligen Berufungsverfahren bei den von der Staatsregierung angekündigten fünf zusätzlichen Lehrstühlen für Sonderpädagogik an den Universitäten Würzburg, München (je ein Lehrstuhl) und Regensburg (drei Lehrstühle), ist das weitere Lehrstuhlpersonal bereits angestellt und wurde der Lehr- und Forschungsbetrieb bereits aufgenommen?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen hat das Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes auf die behördlichen Strukturen in Bayern, ist die Umgestaltung zu zentralen Ausländerbehörden, die die Bearbeitung der Visaanträge für Fachkräfte übernehmen sollen, vorgesehen, und wie genau soll die Zusammenarbeit der Wirtschaftsverbände und der Staatsregierung bei der Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes genau ausgestaltet werden?